

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02221) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 59

25. März 1980

Willy Brandt, SPD-Vorsitzender, untersucht die Hintergründe des Rücktritts der letzten demokratischen Regierung der Weimarer Republik unter SPD-Kanzler Hermann Müller vor 50 Jahren.

Seite 1-3

Peter Corterier, MdB und Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsaußenausschuß, setzt sich gegen eine Verschiebung des für den Herbst geplanten KSZE-Folgetreffens in Madrid ein.

Seite 4/5

Peter Conradi, MdB und stellvertretendes Mitglied im Bundestagsinnenausschuß, plädiert für den von der ÖTV geforderten Mindestbeitrag für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst.

Seite 6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02221) 8 12-1

Eine unbeantwortete Frage der Geschichte

Vor 50 Jahren zerbrach die letzte demokratische Regierung der Weimarer Republik unter SPD-Kanzler Hermann Müller

Von Willy Brandt MdB
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Es ist ein Unglückstag, an den wir uns erinnern. Der 27. März 1930 ist ein schwarzer Tag der Weimarer Sozialdemokratie und der ersten deutschen Demokratie überhaupt geworden. An diesem Tag hat sich, so notierte Julius Leber, die deutsche Demokratie selbst widerlegt und sich die SPD als noch immer nicht fähig zur Staatsführung erwiesen. Dem Urteil Lebers ist wenig hinzuzufügen.

Im Zeichen eines - windigen - Wirtschaftsaufschwungs hatte die SPD 1928 mit 29,8 Prozent (!) einen Wahlerfolg errungen. Unter der Kanzlerschaft des Sozialdemokraten Hermann Müller war eine Große Koalition zustande gekommen, der immerhin so farbige Persönlichkeiten wie Rudolf Hilferding, Rudolf Wissell und natürlich auch Gustav Stresemann angehörten. Die Regierung Müller schien fest im Sattel zu sitzen, als Ende 1929 die New Yorker Börse zusammenbrach, aus Deutschland die meisten geliehenen Gelder abgezogen wurden, die Steuereinkünfte zurückgingen und die Arbeitslosenzahlen binnen kurzen die Drei-Millionen-Grenze erreichten. Für die anti-demokratischen Kräfte - und die Parteien der Mitte begannen leider schon, im Sog derer von ganz rechts zu



schwanken - war dies das willkommene Signal, mit der verhaßten Demokratie und der noch verhaßteren Sozialdemokratie abzurechnen. Sie allein war noch bereit, die in ihren Todeskampf eintretende demokratische Republik zu verteidigen. Sie allein glaubte unbeirrt an deren Überlebensfähigkeit. Es ging um die Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung. Aber die Art, wie dieser Streit ausgetragen wurde, machte deutlich, wie sehr bei den Mitte-Rechts-Parteien bereits die Neigung zu einer neuen - autoritären - Regierung zugenommen hatte.

In den verbleibenden drei Jahren bis zur Machtergreifung Hitlers haben Sozialdemokraten wie auch Gewerkschaften den Abbau von Sozialleistungen hingenommen und der Aushöhlung der Demokratie zugesehen - stets im Bemühen, das Schlimmste zu verhüten. Vor diesem Hintergrund - und die Parteiführung hatte gewußt, daß es nach dem Bruch der Großen Koalition keine regierungsfähige Parlamentsmehrheit geben und nur der Ausnahmeartikel zugunsten Hindenburgs bleiben würde - bleibt es mindestens erstaunlich, daß am 27. März 1930 die Regierungsverantwortung so leichtfertig den erklärten wie unerklärten Gegnern der Republik in die Hände gespielt wurde.

Doch man kann auch fragen, was gerettet worden wäre, hätten die SPD-Reichsminister in der Frage der Arbeitslosenversicherung nachgegeben. Hätte man sich nicht immer noch einmal zurückdrängen und damit immer noch einmal kompromittieren lassen? Die Wahlerfolge der Nazis wären dann ebenso überwältigend ausgefallen, wie sie auch ohne sozialdemokratische Reichsminister ausgefallen sind. Es geht also nicht um die Einzelentscheidung, sondern um die Gesamtpolitik: Was 1930 not tat, war ein radikaler, vor allem wirtschaftspolitischer Kurswechsel, ein überzeugendes Programm für Krisenbekämpfung und Arbeitsbeschaffung.

Man mag bezweifeln, ob hierfür eine Mehrheit zu gewinnen war. Ernsthaft versucht worden ist es nicht. Es war den Deutschen jedenfalls nicht vorherbestimmt, daß sie mehrheitlich einmal Hitler wählen würden. Die Situation wurde für große Teile der Bevölkerung, vor allem für junge Menschen, seit 1930 immer verzweifelter. Man suchte nach einem Ventil, um dem Haß auf dieses "System" Luft zu machen und fand es - bei den Extremen. Es bleibt die unbeantwortete Frage der Geschichte, ob es so sein mußte.



Der damaligen SPD ist historische Schuld angelastet worden, weil sie um eines halben Prozents wegen den rettenden Kompromiß verweigert habe. Dies ist falsch, weil Ursache und Wirkung in doppelter Hinsicht verwechselt werden. Erstens ist der Streit um die Arbeitslosenversicherung provoziert worden, um ein Zeichen zu setzen und die SPD auszuschalten. Hätte es diesmal nicht geklappt, dann beim nächsten Anlaß. Seit dem tragischen Tod Stresemanns, dem unermüdlich gewordenen Vorkämpfer der Republik, war dies umso leichter. Und zweitens hing das Schicksal der Republik von Weimar nicht eigentlich an der Beitragshöhe für die Arbeitslosenversicherung.

Wenn die SPD "Schuld" auf sich geladen hat, dann die, daß sie nicht (auch gedanklich hinreichend) darauf vorbereitet war, das Steuer herunzureißen. Die einzige Chance, die Massen hinter sich zu bringen, hätte im Kampf gegen die das Elend verschärfende Sparpolitik und im Kampf für eine Politik der Arbeitsbeschaffung gelegen und damit das zu tun, was die skandinavischen Sozialdemokraten ab 1932 mit Erfolg einleiteten und womit Franklin Roosevelt seine erste Präsidentschaft ausfüllte. Angesichts der Machtverhältnisse wäre es bei uns in Deutschland schwer, sehr schwer geworden. Aber verzweifelte Situationen erfordern außergewöhnliche Mittel.

Es mag viele Erklärungen geben, wenn gefragt wird, warum die SPD sich so relativ passiv verhalten hat. Gewiß fehlte der Parteiführung jene Autorität, die einst Bebel gehabt hatte. Aber so viele Erklärungen gefunden werden, zur politischen Entschuldigung reichen sie nicht aus. Und festzustellen bleibt: Regierungsbeteiligung konnte kein Selbstzweck sein; aber sich aus der Regierungsverantwortung verdrängen zu lassen, kann weitreichende Folgen haben. Man muß wissen, was man will, und dann auch gelegentlich tun, was man will. Und außerdem gilt damals wie heute: Man kann meist mehr als man glaubt. Und wer wagt, zieht meist auch andere mit.

(-/25.3.1980/ks/ben)

+ + +



Alle Verbindungslinien offenhalten

Die KSZE-Nachfolgekonzferenz muß wie geplant noch in diesem Jahr stattfinden

Von Peter Corterier MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

In den letzten Tagen häufen sich trotz offizieller Dementis Pressemeldungen über angebliche Überlegungen der französischen und der spanischen Regierung, auf eine Verschiebung der Madrider KSZE-Nachfolgekonzferenz hinzuwirken.

Auch wenn hinter solchen Überlegungen zumindest teilweise die Sorge stehen mag, daß ein Nachfolgetreffen in der gegenwärtigen internationalen Lage in die Gefahr geraten könnte, zu einer allzu heftigen Konfrontation zwischen Ost und West zu führen, können sie nicht überzeugen. Rein rechtlich wäre eine Verschiebung der Nachfolgekonzferenz nur durch eine einvernehmliche Entscheidung aller 35 KSZE-Teilnehmerstaaten möglich.

Es ist jedoch sehr fraglich, ob - selbst wenn eine solche Entscheidung zustandegekommen sein sollte - dann noch bei allen 35 Staaten der politische Wille zur Abhaltung einer Nachfolgekonzferenz vorhanden wäre. Nur durch eine ebenfalls einvernehmliche Entscheidung aller Staaten könnte aber ein neues Datum für das Madrider Treffen festgelegt werden. Insofern könnte also eine Verschiebung des KSZE-Nachfolgetreffens gleichbedeutend sein mit dem Abbruch des KSZE-Prozesses.

Uns kann aber gerade in der gegenwärtigen internationalen Lage nicht daran gelegen sein, mit der KSZE eines der Instrumente aus der Hand zu geben, mit denen es wenigstens bisher gelungen ist, in Europa, anders als in anderen Regionen der Welt verhältnismäßig stabile Beziehungen zwischen Ost und West zu erreichen. Die KSZE ist von ihren Urhebern nicht nur für Schönwetterperioden geschaffen



worden, sie muß sich auch in der durch die sowjetische Aggression gegen Afghanistan verursachten schwierigen Phase der Ost-West-Beziehungen bewähren. Jetzt kommt es noch mehr als in besseren Zeiten darauf an, alle Verbindungslinien zwischen Ost und West offenzuhalten und sie auch zu nutzen.

Die KSZE ist aber eine der wichtigsten Verbindungen zwischen Ost und West, die wir haben. Dies ist sie vor allem auch für die kleineren osteuropäischen Staaten, die im Rahmen der KSZE in einer Weise mit dem Westen zusammenarbeiten können, wie dies sonst von der Sowjetunion wohl kaum toleriert werden würde.

Dabei sollen die Probleme, die es auf der Nachfolgekonzferenz geben wird, nicht verkannt werden. Ohne Kontroversen wird es dort nicht abgehen, denn der Westen und sicherlich auch viele neutrale Staaten werden der Sowjetunion sagen müssen, daß sowohl die Aggression gegen Afghanistan wie die erneute Repressionswelle gegen Dissidenten wie Sacharow flagrante Verletzungen grundlegender Prinzipien der KSZE-Schlußakte darstellen.

Daß diese und andere schwierige und kontroverse Fragen jedoch in einer Art und Weise behandelt werden können, die nicht zum Eklat führt, hat das Wissenschaftliche Forum, das im Rahmen der KSZE zu Beginn dieses Jahres in Hamburg abgehalten wurde, gezeigt.

Deshalb spricht alles dafür, mit den Vorbereitungen für das Nachfolgetreffen fortzufahren und an dem vereinbarten Termin, dem 11. November 1980, festzuhalten.

(-/25.3.1980/ks/ben)

+ + +



Haben die SPD-Minister die Sprache verloren ?

**Forderung der ÖTV nach einem Mindestbeitrag ist gerechtfertigt
und entspricht sozialdemokratischer Politik**

Von Peter Conradi MdB

Stellvertretendes Mitglied im Innenausschuß des Bundestages

Bei den Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst entschwindet regelmäßig das Soziale aus der sozialliberalen Bundesregierung. Übrig bleibt allein das Liberale. Der FDP-Innenminister führt die Verhandlungen so, als gäbe es in dieser Bundesregierung keine Sozialdemokraten. Für eine soziale Einkommenspolitik haben die Liberalen noch nie etwas übrig gehabt. Verständlich, denn ihre Klientel besteht aus höheren Beamten, gutverdienenden Angestellten und Selbständigen, und die sind gegen Mindestbeträge, Sockelbeträge oder Kappungsgrenzen, weil das alles leistungsfeindlich und nivellierend sein soll.

Kein Vorwurf an den FDP-Innenminister, er vertritt die materiellen Interessen der FDP-Wähler, und das macht er gut. Sozialdemokraten allerdings fragen sich, wer bei Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst die Interessen ihrer Wähler vertritt, der Briefträger und Lokomotivführer, der Müllarbeiter und Putzfrauen im öffentlichen Dienst.

Haben die sozialdemokratischen Bundes- und Länderminister bei Tarifverhandlungen alle die Sprache verloren? Oder ist ihnen im täglichen Umgang mit ihrer hochbezahlten Ministerialbürokratie die Erinnerung verlorengegangen, daß die Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Beamten im öffentlichen Dienst in den unteren Einkommensgruppen ist? Und daß dies die Wähler der SPD sind, nicht die Ministerialbürokratie von A 13 aufwärts?

Der FDP-Innenminister lehnt bisher alle Forderungen der Gewerkschaften nach einer sozialen Komponente im Tarifabschluß 1980 brüsk ab. Die Preiserhöhungen beim Heizöl, beim Benzin, beim Strom und beim Wohnen treffen aber die Bezieher höherer Einkommen härter als die Bezieher höherer Einkommen, die einen geringeren Anteil ihres verfügbaren Netto-Einkommens für Heizung, Benzin, Strom und Wohnen ausgeben.

Deshalb ist die Forderung der Gewerkschaften nach einem Mindestbetrag in dieser Tarifrunde berechtigt, deshalb sollten die Sozialdemokraten in der Bundesregierung, in den Landesregierungen und bei den Kommunen sich für den Mindestbetrag einsetzen und nicht der FDP das Sagen überlassen.

Unsere Wähler im öffentlichen Dienst werden sich daran erinnern und die anderen Gewerkschaften werden sich mit Mindestbetrags-Forderungen in der nächsten Tarifrunde leichter tun, wenn im öffentlichen Dienst jetzt ein Zeichen gesetzt wird. Ein sozialdemokratisches Zeichen!
(-/25.3.1980/vo-he/ben)

